

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

16. WP - 16. Sitzung

Von Montag, den 27. März, bis Freitag, den 31. März 2006

in Wien

### **Anwesende Abgeordnete**

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Ursula Sassen (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

i. V. von Frauke Tengler

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>Briefing durch Botschafter H. H. Horstmann</b>	<b>4</b>
<b>Soziale Versorgung in Wien - ein erster Einblick</b>	<b>4</b>
<b>Grundsätze der sozialen Sicherung in Österreich - Pensions- und Unfallversicherung, Pflegegeld</b>	<b>5</b>
<b>Strukturen und Grundsätze der österreichischen Krankenversicherung</b>	<b>6</b>
<b>Krankenhausfinanzierung und Vertragspartner (Spitäler, Reha, Kuren)</b>	<b>7</b>
<b>Sozialer Wohnungsbau in Wien</b>	<b>8</b>
<b>Strukturen, Aufgaben und Funktionsweisen des Arbeitsmarktservice (AMS)</b>	<b>9</b>
<b>Psychosoziale Versorgung in der Gemeinde Wien</b>	<b>9</b>
<b>Soziale Sicherung - soziale Versorgung in Wien - Auswertung und Meinungsaustausch</b>	<b>10</b>

**Montag, 27. März, 2006**

### **Briefing durch Botschafter H. H. Horstmann**

Botschafter Horstmann gibt einen Überblick über die politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Lage Österreichs. Des Weiteren geht er intensiv auf die Funktion der Bundesländer, die Rolle der Deutschen Botschaft in einem EU-Mitgliedstaat sowie die Rolle des Tourismus in Österreich ein.

### **Soziale Versorgung in Wien - ein erster Einblick**

Frau Klicka, Vorsitzende des Sozialausschusses, Gemeinderat und Landtag Wien, gibt dem Ausschuss einen ersten Einblick in die soziale Versorgung in Wien. Sie gibt einen Überblick über die Stadt Wien - circa 1,6 Millionen Einwohner, einschließlich des Umlandes circa 2 Millionen Einwohner -, die politische Zusammensetzung des Bundesstaates Österreich sowie des Bundeslandes Wien, die politische Vertretung, das Kommunalwahlrecht in Wien ab 16 Jahren, die Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen insbesondere zu den östlichen Staaten, den Anteil der ausländischen Mitbürger, die Aufgaben der Ausschüsse - Identität des Landtages und der Gemeinderatsausschüsse -, die Finanzierung - Einnahmen der Stadt Wien zuzüglich Finanzausgleich, der für jede Legislaturperiode neu ausgehandelt wird - und Finanzierung des Krankenhauswesens. Im Zusammenhang mit Letzterem geht sie auf den Krankenanstaltenverbund ein, dessen Finanzierung alle fünf Jahre ausgehandelt wird und mit einem Ausgaberahmen für fünf Jahre in Höhe von derzeit 10,8 Milliarden €. Sie berichtet, das Investitionsvolumen betrage 922 Millionen €. Darin nicht enthalten seien PPP-Modelle. Das Allgemeine Krankenhaus werde zum Teil aus Bundesmitteln finanziert.

Ein weiterer Schwerpunkt ihres Berichts ist das Thema Pflegeausbildung. Die Ausbildung für Pflege und medizinisch-technische Fachdienste werden finanziert. Die Ausbildung gehe über drei Jahre. Die Auszubildenden erhielten ein Taschengeld. Es gebe Überlegungen, den Ausbildungsstandard dem europäischen Niveau anzunähern und an Fachhochschulen durchzuführen.

Sie nennt sodann Zahlen zur Gesundheitsversorgung. Im Krankenhausverbund seien 32.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Es gebe flexible Arbeitszeiten. Es existierten acht Krankenhäuser, vier Geriatriische Zentren, sechs Schwerpunktkrankenhäuser und

24 Ausbildungsstätten. Das Gesamtbudget im Jahr 2006 betrage 2,7 Milliarden €. 2005 seien 381.500 Patienten stationär betreut worden, davon 95.000 als Tagespatienten. Pro Jahr würden rund 300 Millionen Personen ambulant betreut. Die Bundesfinanzierung erfolge nur für den stationären Bereich. Der ambulante Bereich werde vom Land finanziert.

Als Problem nennt sie, dass stationäre Einrichtungen vorwiegend im westlichen Teil der Stadt existieren, die Stadt aber gen Osten expandiere.

Sie berichtet ferner, dass in Wien Gesundheitsregionen eingerichtet worden seien.

Die Sozialleistungen seien im Fonds Soziales Wien gebündelt. Daraus erfolge die Finanzierung aller sozialen Dienstleistungen. Der Etat betrage 700 Milliarden €. Finanziert würden ambulante (Pflege)Dienste, Behindertenarbeit, betreutes Wohnen, Sucht- und Drogentherapie, Schuldnerberatung, Gesundheitsprävention, Frauengesundheitsprogramm, Unterstützung von 74 Selbsthilfegruppen im Rahmen der Verwaltung und Organisation der Förderbeiträge für Projekte sowie das Kuratorium Wiener Pensionistenhäuser, Grundversorgung der Flüchtlinge, Beschwerdemanagement, Wiedereingliederungshilfen für Sozialhilfeempfänger sowie Sozialhilfe, deren Sätze kürzlich - insbesondere für Alleinerziehende - erhöht worden seien.

**Dienstag, 28. März 2006**

### **Grundsätze der sozialen Sicherung in Österreich - Pensions- und Unfallversicherung, Pflegegeld**

Herr Sommer, der stellv. Leiter der Sektion II im Ministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, sowie Herr Stefanits, geben einen Überblick über die Pensions- und die Pflegeversicherung.

Zunächst gehen sie auf die Pensionsversicherung ein. Zum 1. Januar 2005 sei eine Reform in Kraft getreten. In der Pensionsversicherung versichert seien nunmehr alle Personen unter 50 Jahren - ausgenommen die Landesbeamten - also Arbeitnehmer, Angestellte, Selbstständige, in der Landwirtschaft Beschäftigte und Bundesbeamte. Die Leistungen würden gegenwärtig gewährt für Männer ab dem 65. Lebensjahr, für Frauen ab dem 60. Lebensjahr. Die gesetzliche durchgeführte Harmonisierung betreffe nur die Leistungsseite, nicht die Beitragsseite.

Die Pensionen würden finanziert zu etwa je einem Drittel durch den Dienstnehmer, durch den Dienstgeber und durch den Staat; es existiere eine Ausfallhaftung des Staates. Politiker würden dort versichert, wo sie versichert wären, hätten sie ihr Mandat nicht angenommen. Der Ausschuss erhält ferner einen Überblick über die Anspruchsvoraussetzungen, die Anrechnung für Kindererziehungszeiten, eine Ausgleichszulage sowie die Berechnung der Pensionen. Steigerungen im Bereich der Pensionen erfolgten nach dem Verbraucherindex. Pensionen würden voll besteuert.

Frau Pfeiffer berichtet im Folgenden zum Thema Pflegeversicherung. Im Jahr 1993 habe eine umfassende Reform des Pflegeversorgungssystems stattgefunden. Bund und Länder hätten sich verpflichtet, einheitliche Pflegegeldsätze zu verabschieden. Es gebe sieben Pflegestufen, abhängig von der Pflegebedürftigkeit und unabhängig von sonstigem Einkommen und Vermögen. Neben dem Pflegegeld gebe es Maßnahmen für Angehörige. Es handele sich um eine beitragsunabhängige staatliche Leistung.

Im Jahr 2004 seien dafür vom Bund 1,5 Millionen €, von den Ländern 280 Millionen € aufgewandt worden.

315 Millionen Personen hätten Leistungen aus dem Bundespflegegeld bezogen, 664.000 Personen Landespflegegeld. 80 bis 85 % der Pflegebedürftigen würden zu Hause betreut.

Thematisiert werden in der anschließenden Diskussion darüber hinaus die Bereiche Qualitätssicherungsmaßnahmen und Einstufung von Demenzkranken.

### **Strukturen und Grundsätze der österreichischen Krankenversicherung**

Herr Dr. Auer, Kabinettschef und Leiter der Sektion I im Ministerium für Gesundheit und Frauen, erläutert das österreichische Sozialversicherungssystem. Grundsätzlich sei anzumerken - so führt er aus -, dass sich die Krankenversicherungen in Selbstverwaltung befänden. Die Krankenversicherungsbeiträge würden im Verhältnis 1:1 von Arbeitsgebern und Arbeitnehmern bezahlt. Die Versicherungsbeiträge beliefen sich auf 7,5 %. In Österreich existierten neun Gebietskrankenkassen, zwei große berufsständische Versicherungen - gewerbliche Versicherung, Beamtenversicherungsanstalt - und einige wenige Betriebskrankenkassen. Es gebe eine Tendenz zur Konzentrierung, diese sei allerdings noch nicht gelungen.

Im Unterschied zur Bundesrepublik werde der ambulante niedergelassene Bereich über die Krankenversicherungen, der stationäre Bereich über die Länder finanziert. Die Länder seien Träger der Krankenanstalten. Die Finanzierung erfolge zum Teil aus der Krankenversicherung, der Rest aus Steuermitteln.

Im Rahmen der Gesundheitsreform seien Landesplattformen eingerichtet worden. In diesen würden der Versorgungsplan und die Finanzierung erörtert und festgelegt. Ziel sei, Planung, Steuerung und Finanzierung zunehmend zusammenzuführen. Die gesamten Kosten in diesem Bereich betrügen 12,4 Milliarden €. Davon trügen die Versicherungen etwa 10 Milliarden €, der Rest werde aus Steueraufkommen finanziert. Er, Dr. Auer, vertrete die Auffassung, dass in Österreich insofern ein falsches Anreizsystem bestehe, weil nicht darauf geachtet werde, dass vergleichbare Leistungen dort erbracht würden, so sie sinnvollerweise erbracht werden könnten. So würden Patienten beispielsweise ins Krankenhaus geschickt, obwohl sie ambulant behandelt werden könnten. Dies geschehe aber nicht, weil die Leistungen bei einer ambulanten Behandlung nicht entsprechend vergütet würden.

Die Beitragsgrundlage für die Versicherungspflicht sei gegenwärtig das Erwerbseinkommen. Private Krankenkassen spielten im Prinzip nur als Zusatzversicherungen eine Rolle, nicht aber für die Regelversorgung.

Die Tarif- und Honorarsysteme seien in den Ländern unterschiedlich.

Die Kosten der Arzneimittel lägen etwa 15 bis 18 % unterhalb des europäischen Durchschnitts. Das führe er auf die in Österreich gebräuchliche Positivliste von Medikamenten zurück.

Für notwendig halte er ein unabhängiges Netzwerk von Bewertungseinrichtungen auf europäischer Ebene. Außerdem spricht er sich für eine Entkopplung der Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln vom Preis aus.

### **Krankenhausfinanzierung und Vertragspartner (Spitäler, Reha, Kuren)**

Herr Dr. Probst, der stellv. Generaldirektor des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, und Dr. Felix vom Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger geben einen Überblick über die österreichische Sozialversicherung (s. Anlage 1)

Frau Ruda, ebenfalls vom Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, stellt dem Ausschuss das Thema Rehabilitation in der österreichischen Sozialversicherung (Anlage 2) vor.

Weitere Informationen können im Internet unter der URL <http://www.sozialversicherung.at> eingesehen werden.

**Mittwoch, 29. März 2006**

### **Sozialer Wohnungsbau in Wien**

Herr Dr. Stürzenbecher, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Wohnungsbauausschusses, gibt einen Überblick über den sozialen Wohnungsbau, die Wohnungsbauförderung, die Wohnungsvergabe/Wohnungsbeihilfe, die Bauträgerwettbewerbe, die Wohnungspolitik sowie den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung. Er wendet sich zunächst der historischen Entwicklung zu und berichtet, dass die Gemeinde Wien derzeit über etwa 220.000 Gemeindefwohnungen verfüge, die sich auf das ganze Stadtgebiet verteilen. Ziel sei, das Wohnung verschiedener Bevölkerungsschichten in gemeinsamen Wohnquartieren zu erreichen. Pro Jahr würden 460 Millionen € für neue Projekte und Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Etwa 5.500 Wohnungen würden pro Jahr neu gebaut, 10.000 Wohnungen saniert.

Er geht auf die Forcierung von Niedrigenergiehäusern, die Förderung von Bauten mit grünem Umfeld insbesondere für Familien mit Kindern, die autofreie Musterstadt, Frauenprojekte, Integrationsprojekte und Mehrgenerationenwohnungen ein. In der folgenden Diskussion werden die Themen Barrierefreiheit und Denkmalschutz angesprochen.

Dr. Förster, Leiter der Wohnungsbauforschung, berichtet über den sozialen Wohnungsbau in Wien anhand eines PowerPoint-Vortrages (Anlage 3).

Der Ausschuss besichtigt in Begleitung von Herrn Dr. Förster Donau-City/Wohnpark Neue Donau - ein großes Stadtentwicklungsgebiet mit geförderten Wohnungen direkt an der Donau -, den Rabenhof - einer der größten Wohnbauten der 20er Jahre -, das Projekt Gasometer - ein multifunktionales Projekt innerhalb der denkmalgeschützten Türme der ehemaligen Ga-

someter - und das Projekt „Globaler Hof - interethnisches Wohnen“ - ein Integrationsprojekt im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus.

**Donnerstag, 30. März 2006**

### **Strukturen, Aufgaben und Funktionsweisen des Arbeitsmarktservice (AMS)**

Herr Dr. Buchinger, Vorstandsvorsitzender des AMS, gibt einen Überblick über den Arbeitsmarktservice Österreich (s. Anlage 4) sowie einen kurzen Überblick zum Thema Kombilohn (Anlage 5).

Im Folgenden führt der Ausschuss eine Diskussion mit Dr. Gleitsmann, dem Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der Wirtschaftskammer Österreich, und Herrn Wallner, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik in der Arbeiterkammer Wien, zum Thema Kombilohn. Nach Auffassung von Herrn Wallner könne Kombilohn, wenn er selektiv eingesetzt werde, ein arbeitsmarktpolitisches Instrument sein. Als Instrument für einen flächendeckenden Einsatz hält er ihn nicht für sinnvoll.

Internetauftritt der Wirtschaftskammer Österreich: <http://www.wko.at>

### **Psychoziale Versorgung in der Gemeinde Wien**

Herr Dr. Rudas, Chefarzt beim Psychosozialen Dienst der Stadt Wien, stellt dem Ausschuss die psychosoziale Versorgung der Gemeinde Wien vor. In diesem Zusammenhang schildert er die historische Entwicklung im Bereich der psychiatrischen Versorgung in Wien und stellt die Realisierung des Zielplans für psychiatrische Versorgung aus den 70er-Jahren bis zur Gegenwart dar. Mit diesem Plan seien insbesondere zwei Ziele verfolgt worden, nämlich zum einen die Reduktion der Zahl der stationären Betten der Landeskrankenhäuser bei gleichzeitigem Aufbau extramuraler Betreuungsangebote und zum anderen die Regionalisierung von Angeboten.

In der nachfolgenden Diskussion werden insbesondere die Themen Zwangseinweisung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Forensik und Migration behandelt.

**Freitag, 31. März 2006**

**Soziale Sicherung - soziale Versorgung in Wien - Auswertung und Meinungsaustausch**

Herr Stanzl von der Magistratsverwaltung stellt dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation den Bereich der Sozialhilfe in Wien dar (s. Anlage 6).

Herr Neumayer vom Fonds Soziales Wien stellt mit einem PowerPoint-Vortrag den Fachbereich betreutes Wohnen vor (s. Anlage 7).

Anschließend gibt Frau Kreamsbrugger vom Fonds Soziales Wien einen Überblick über die Bereiche Behindertenhilfe und Sozialarbeit (s. Anlage 8).

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

gez. Petra Tschanter

Vorsitzende

Geschäfts- und Protokollführerin